

Stand: 11.05.2024 22:13:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18563

"Epidemische Lage von nationaler Tragweite beenden - gegen einen Lockdown für Ungeimpfte"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18563 vom 26.10.2021
2. Beschluss des Plenums 18/18650 vom 27.10.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 27.10.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Roland Magerl, Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Markus Bayerbach, Jan Schiffers** und
Fraktion (AfD)

Epidemische Lage von nationaler Tragweite beenden – gegen einen Lockdown für Ungeimpfte

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“, welche der Bundestag am 25. August 2021 gemäß den Regelungen des § 5 Infektionsschutzgesetz (IfSG) nochmals feststellte, nicht über den 25. November 2021 hinaus verlängert wird. Die Regelungen der vier Artikelgesetze zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite sind nicht durch Landesgesetzgebung weiterzuführen.

Der Landtag stellt ferner fest, dass durch die Beendigung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite durch den Bund, ein „Lockdown der Ungeimpften“ nicht stattfinden kann.

Begründung:

Am 25. März 2020 stellte der Deutsche Bundestag die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ fest. Diese Möglichkeit wurde erst am Tag davor durch die Änderung des § 5 IfSG geschaffen. Seit knapp zwei Jahren gilt diese nun und ermöglichte es der Bundesregierung weitreichende Regelungen eigenständig zu treffen. Auch für die Länder gab es durch die Gesetze zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite neue Möglichkeiten. Die Feststellung der Lage durch den Bundestag endet am 25. November 2021, sofern diese nicht verlängert wird. Bundesgesundheitsminister Spahn selbst sprach sich nun dafür aus, diese nicht weiter zu verlängern. Dem widersprach Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder und forderte die Verlängerung. „Die Gesellschaft sei in diesem Fall“ ein Stück weit wehrlos und so angelegt, dass jeder Einzelne für seinen Schutz sorgen muss. „Außerdem laufe man Gefahr, dass dadurch in den Ländern ein Flickenteppich aus unterschiedlichen Reglements entstehe.“¹ Andere Politiker und Verbände stehen der Verlängerung jedoch skeptisch gegenüber.

Festzustellen bleibt, dass es nicht Aufgabe der Politik sein kann, Menschen vor jeglichen Lebensrisiken zu beschützen. Sonst müssten alle Menschen in Watte gepackt und weggesperrt werden. Es hat eine umfassende Aufklärung der Bevölkerung zu den Risiken von COVID-19 stattgefunden. Zudem wurde der Bevölkerung ein Angebot der Impfung gemacht. In vielen Bereichen des öffentlichen Lebens haben neue Hygienestandards Einzug gehalten. Zudem sind die Kliniken derzeit nicht übermäßig mit Covid-Patienten belastet. Es gebietet sich deshalb für die Politik, alle Regelungen, die weitge-

¹ <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/corona-markus-soeder-will-verlaengerung-der-epidemischen-lage.SmS4qKw>

hende Einschränkungen im täglichen Leben der Bevölkerung vorsehen, auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Der Flickenteppich unterschiedlicher Regelungen, der als Gegenargument angeführt wird, ist ohnehin schon vorhanden. Zudem hat die Kleinteiligkeit der Maßnahmen dazu geführt, dass nicht mehr evaluiert werden kann, welche Maßnahme gegen die Ausbreitung der Pandemie hilfreich war und welche nicht.

Unbenommen davon bleibt dem Bundestag die Möglichkeit, von § 5 IfSG wieder Gebrauch zu machen, sofern sich die Lage künftig anders darstellen würde. Nach aktuellen Einschätzungen ist davon jedoch nicht auszugehen. Die saisonale Grippezeit war schon immer eine Belastung für das Gesundheitssystem und kann hier sicherlich nicht als Argumentation gebraucht werden, weitreichende Einschnitte im täglichen Leben ununterbrochen zu rechtfertigen.

Die Staatsregierung ist deshalb gefordert, ihre Möglichkeiten zu nutzen und auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass die epidemische Lage von nationaler Tragweite nicht weiter verlängert wird. Zudem sollen die Regelungen aus den Gesetzen zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite nicht in Landesrecht umgesetzt werden. Vielmehr hat sich die Politik nach knapp zwei Jahren wieder auf das zu konzentrieren, was ihre Aufgabe ist: den Menschen ein freies Leben zu ermöglichen, auch unter der Prämisse, dass nicht für jedes Lebensrisiko eine Regelung getroffen werden muss.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Roland Magerl, Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Markus Bayerbach, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/**18563**

Epidemische Lage von nationaler Tragweite beenden – gegen einen Lockdown für Ungeimpfte

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Roland Magerl

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Christina Haubrich

Abg. Susann Enders

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun noch auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen,
Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)**

**Epidemische Lage von nationaler Tragweite beenden - gegen einen Lockdown
für Ungeimpfte (Drs. 18/18563)**

Ich mache nochmals darauf aufmerksam, dass hierzu namentliche Abstimmung beantragt wurde. Die Wartezeit ist natürlich längst vorbei. Die zugerechnete Zeit ist bereits auf dem Display eingerechnet; vielen Dank.

Damit eröffne ich die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Roland Magerl das Wort. Herr Magerl, Sie haben jetzt eine neue Redezeit von 4 Minuten und 3 Sekunden; Sie sehen es hier vor sich.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zur Einleitung unseres Dringlichkeitsantrags mit einem Zitat von Noch-Gesundheitsminister Jens Spahn beginnen:

Der Ausnahmezustand, vom Bundestag festgestellt, der kann aus meiner Sicht beendet werden, weil vier von fünf Erwachsenen geimpft sind.

– Mittlerweile wissen wir das angesichts des Chaos nicht mehr genau, wahrscheinlich sind es sogar mehr. Auch der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung Gassen ist der Meinung, dass es an der Zeit wäre, zur Normalität zurückzukehren und die Verantwortung wieder den Bürgern zu geben. Sogar eine mögliche Ampel im Bund zwitschert es mittlerweile von den Dächern und fordert ein Ende der epidemischen Lage von nationaler Tragweite zum 25. November.

Daher bringen wir die Diskussion darüber mit unserem Dringlichkeitsantrag heute in den Landtag. Natürlich werden sich die bekannten Empörungsbeauftragten dann wie-

der mit Widerspruch zu Wort melden, sei es von der Lipobay-Skandalnudel Lauterbach, der hoffentlich kein Gesundheitsminister wird, oder sei es Widerspruch von den bayerischen Politgrößen; allen voran vom Ministerpräsidenten Markus Söder, der es scheinbar genießt, per Verordnung zu regieren, und dabei schon mal Regierungsmitglieder öffentlich vorführt und maßregelt. Da wird dann schon schnell einmal das totale Chaos vorhergesagt, wenn die epidemische Lage endet und die Rechtsgrundlagen zum Drangsalieren fehlen würden.

Meine Damen und Herren, was hat uns denn die willkürliche und unverhältnismäßige Verbotspolitik tatsächlich eingebracht? – Lerndefizite bei Schülern durch Heimbesuchung, Überlastung der Lehrer, Spaltung der Gesellschaft, Vereinsamung unserer Senioren in Pflegeheimen, Zukunftsängste, Leistungsdruck und Vereinsamung bei Kindern und Jugendlichen, psychische Belastungen in allen Gesellschaftsschichten, familiäre Spannungen, Berufseinschränkungen und Berufsverbote, und natürlich haben jetzt viele mit einem geschwächten Immunsystem zu kämpfen, nach einer so langen Zeit in Isolation mit Masken vor dem Gesicht. Dies ist ja bei der aktuellen Erkältungs- und Grippewelle schon festzustellen. Das ist nur ein kleiner Einblick in das, was es jetzt aufzuarbeiten gilt.

Anstatt Kritiker nur zu diffamieren, sollten Sie die Kritik auch einmal ernst nehmen und aus den zahlreichen Fehlern lernen.

Die epidemische Lage von nationaler Tragweite muss schnellstmöglich enden. Auch wenn der Chef der Staatskanzlei Florian Herrmann, gestern noch verkündete, dass es in Bayern keinen Lockdown für Ungeimpfte geben soll, so ist die Spaltung zwischen Geimpften und Ungeimpften in der Gesellschaft immer noch sehr groß und wird dauerhaft zu massiven Verwerfungen führen.

(Beifall bei der AfD)

Diese Zustände gilt es ebenfalls zu beenden. Nur ein Kindermädchenstaat bevormundet seine Bürger. Die bayerische Regierung und auch die Bundesregierung schränken

das Recht mündiger Bürger auf freie Willensentscheidung in unangemessener Weise massiv ein. Wenn Sie den Menschen jedes Lebensrisiko nehmen wollen, müssen Sie sie in Watte packen und einsperren. Dafür sind wir aber nicht gewählt, und dafür bin insbesondere ich nicht gewählt. Deshalb: Schluss mit den Einschränkungen und auf ein Leben nach Corona! Die Menschen erwarten das von der Politik. Sie haben heute die Chance, es ihnen zurückzugeben.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Kollegen Bernhard Seidenath, CSU-Fraktion, auf.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Was haben uns die Corona-Maßnahmen gebracht?", fragt Kollege Magerl. – Die Menschen haben überlebt und sind von Long-COVID verschont geblieben. Das haben die Corona-Maßnahmen gebracht, und das ist ganz wichtig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es geht nicht um einen Lockdown für Ungeimpfte, sondern wir brauchen eine Grundlage, um Rechtsverordnungen zu erlassen, auch und gerade für die einfachen, gut etablierten Maßnahmen gegen das Coronavirus. Ich denke hier an die Maskenpflicht im öffentlichen Personennahverkehr. Ich denke an die 3G-Erfordernisse. Ich denke an 3G plus in Clubs. Ich denke an die Testnachweiserfordernisse in Schulen und für Beschäftigte in Kindertagesstätten. Ich denke an die Pflicht zur Erstellung von Hygienekonzepten. Ich denke an die Sportveranstaltungen, die Freizeitveranstaltungen und die Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, die wieder öffnen können. Oder haben Sie ein gutes Gefühl, wenn Sie an 75.000 Menschen in der Allianz Arena denken – ohne jede Kontrolle des Impf- oder Teststatus? Es wäre alles wieder ohne Einschränkungen frei, eine Situation, als gäbe es kein Corona mehr, was so ja nicht stimmt.

Wenn der Deutsche Bundestag die Feststellung der epidemischen Lage nicht verlängert, dann muss er zumindest sicherstellen, dass die Länder auch über den 25. November hinaus weiterhin die nach wie vor erforderlichen Corona-Schutzmaßnahmen auf einer rechtssicheren, bundeseinheitlichen Grundlage treffen können. Danach sieht es jetzt nach den heutigen Presseverlautbarungen der künftigen Koalitionspartner auf Bundesebene Gott sei Dank aus.

Das ist gut so; denn Corona ist nicht vorbei. Das zeigen die aktuellen Infektionszahlen und die Situation in den bayerischen Krankenhäusern. Die zählen in Bayern allein heute 6.048 neue Corona-Infektionen. Das sind mehr als zur selben Zeit im letzten Jahr. In der letzten Woche ist die Zahl der belegten Intensivbetten um 35 % angestiegen. Im Vergleich zur Vorwoche ist die Anzahl der belegten Krankenhausbetten in Bayern um mehr als 40 % angestiegen.

Wir brauchen aber auch weiterhin den Absatz 7 des § 28a des Infektionsschutzgesetzes, der den Ländern einiges an Möglichkeiten geben würde. Warum die neue Koalition diesen abschaffen möchte, ist mir komplett schleierhaft. Lasst doch den Ländern dieses Instrumentarium! Warum wollen Sie den Ländern diesen Entscheidungsspielraum nehmen?

Das Ziel ist und bleibt weiterhin, dass unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird. Die Krankenhausampel steht zwar noch auf Grün, aber trotzdem haben wir weniger Spielräume als zu früheren Zeiten der Pandemie. Wir halten bewusst keine Krankenhausbetten mehr frei. Wir zahlen folglich auch keine Freihalteprämien mehr. Deshalb meine ich auch: Wir brauchen diese wieder, mit Ausgleichszahlungen für die Krankenhäuser. Wir müssen adäquat reagieren können, und wir müssen den Krankenhäusern Luft zum Atmen geben, damit diese wieder Puffer einbauen können. Da bin ich mir mit unserem Gesundheitsminister Klaus Holetschek einig. Deshalb noch einmal: Wir brauchen auf Bundesebene wieder Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb muss es weiterhin Reaktionsmöglichkeiten geben. Wunschdenken ist schön und gut; aber das Ganze gepaart mit Verantwortungsbewusstsein ist besser. Deshalb lehnen wir den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Als nächste Rednerin rufe ich Frau Christina Haubrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will die Redezeit gar nicht für die immer realitätsferneren Ausführungen der AfD-Fraktion verwenden. Auf die Realität möchte ich dagegen schon eingehen. In der letzten Woche hat die Zahl der COVID-Fälle in bayerischen Krankenhäusern um 40 % zugenommen. Im Krankenhaus Aichach in meinem Stimmkreis sind 90 % der Intensivbetten belegt, davon 90 % mit COVID-Patienten. In mehreren bayerischen Landkreisen liegt die Inzidenz mittlerweile bei über 300.

Nein, Panik verbreiten will ich nicht, und auch einen neuen Lockdown halte ich weder für sinnvoll noch für rechtlich durchsetzbar. Aber es ist immer noch unsere Aufgabe, die bayerische Bevölkerung zu schützen und dafür zu sorgen, dass jeder und jede die medizinische Betreuung und Behandlung bekommt, die er oder sie braucht, und zwar egal ob für COVID, eine schwere Grippe oder vielleicht für eine geplante Operation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aufgrund der immer angespannteren Personalsituation in den Krankenhäusern haben wir deutschlandweit 4.000 Intensivbetten weniger als Anfang des Jahres. Das heißt, wir haben weniger Spielraum, bevor geplante Eingriffe verschoben werden müssen, damit alle akuten Fälle versorgt werden können. Es ist gut, dass regional wieder Koordinator*innen in den Krankenhäusern abstimmen, wo es welche Kapazitäten gibt. Aber das entlässt die Staatsregierung nicht aus ihrer Verantwortung, hier bessere, ge-

nauere und flexiblere Antworten zu liefern als die Krankenhausampel in ihrem derzeitigen Zustand. Wir sind der Meinung, dass eine Verlängerung der epidemischen Lage nicht das richtige Mittel wäre, es aber auf Bundes- und Landesebene weiterhin klare Vorgaben und Richtlinien geben muss, um das Infektionsgeschehen über den Herbst und den Winter im Griff zu behalten. Wir warten immer noch auf einen klaren Fahrplan in Bayern. Langsam habe ich den Eindruck, Sie wollen erst mal abwarten, bis die Ampel auf Gelb oder Grün springt, und dann schauen, was Ihnen spontan einfällt.

(Zuruf)

Bayern ist immer noch eines der Schlusslichter beim Impfen. Wir müssen jetzt klar kommunizieren, dass die Pandemie noch nicht vorbei ist und jeder Erwachsene und jeder Jugendliche, der sich impfen lässt, andere schützt. Es gibt immer noch viele Fragen, Ängste, Unsicherheiten und praktische Hürden, die viele bislang von der Impfung abhalten.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende, Frau Kollegin.

Christina Haubrich (GRÜNE): Wir brauchen immer noch einen Aufklärungsmarathon für die Impfung. – Wir lehnen den Antrag der AfD ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Susann Enders, FREIE-WÄHLER-Fraktion.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aufgrund der Ankündigung von Bundesgesundheitsminister Spahn, aufgrund der Ankündigung der bevorstehenden Ampelkoalition und aufgrund der gestrigen Kabinettsbeschlüsse lehnen wir den Antrag der AfD ab. Er ist einfach inhaltslos, wenn man die jetzigen Beschlüsse sieht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Ruth Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD fordert in ihrem Antrag, dass die Staatsregierung sich dafür einsetzen soll, dass die epidemische Lage von nationaler Tragweite nicht über den 25. November hinaus verlängert wird. Das ist bereits Beschlusslage der kommenden Ampelkoalition in Berlin. Deswegen ist der Antrag überflüssig.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Herr Dominik Spitzer, FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der AfD ist hinfällig, da die Initiative der Bundestagsfraktionen der SPD, der GRÜNEN und der FDP vorsieht, die epidemische Lage von nationaler Tragweite zum 24. November 2021 auslaufen zu lassen. Die FDP-Fraktion unterstützt darüber hinaus den geplanten bundeseinheitlichen Rechtsrahmen für die Länder, der Übergangsregelungen bis zum Frühlingsanfang am 20. März 2022 vorsieht. Wir lehnen diesen Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich hatte schon angekündigt, dass die Abstimmung elektronisch durchgeführt wird. Verwenden Sie bitte Ihr Abstimmungsgerät. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 19:40 bis 19:43 Uhr)

Die drei Minuten sind abgelaufen. Die Abstimmung ist beendet. Das Abstimmungsergebnis wird nach einer kurzen Unterbrechung bekannt gegeben.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/18565 und 18/18566 werden im Anschluss an die heutige Sitzung an die jeweils zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich unterbreche die Sitzung bis zum Vorliegen des Abstimmungsergebnisses.

(Unterbrechung von 19:44 bis 19:46 Uhr)

Wir setzen die Sitzung fort. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Epidemische Lage von nationaler Tragweite beenden – gegen einen Lockdown für Ungeimpfte" auf Drucksache 18/18563 bekannt. Mit Ja haben 14, mit Nein 117 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Sitzung ist damit geschlossen. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg.

(Schluss: 19:46 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.10.2021 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart u. a. und Fraktion AfD; Epidemische Lage von nationaler Tragweite beenden - gegen einen Lockdown für Ungeimpfte (Drucksache 18/18563)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adje Benjamin		X	
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes		X	
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Dr. Büchler Markus		X	
Busch Michael			
Celina Kerstin		X	
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert			
Ganserer Tessa			
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina		X	
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd			
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin			
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winhart Andreas			
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	14	117	1